

## Tagungsbericht Roundtable Berlin am 17.10.2019

Knapp 30 Expertinnen und Experten von Kommunen, NGOs und Wissenschaft berieten sich am 17.10. in Berlin beim dritten Workshop zum Zweiten Engagementbericht der Bundesregierung über Fragen der Bedeutung des bürgerschaftlichen Engagements für die Daseinsvorsorge. In demografischen Wandlungsprozessen, angesichts sich deutlich wandelnder Bedeutung von Infrastrukturen und mit Blick auf soziale Wandlungsprozesse stellen sich vielfältig Fragen, wie Bedingungen guten Lebens für alle Bürgerinnen und Bürger vor Ort sichergestellt werden können. So versteht die Zweite Engagementberichtscommission Daseinsvorsorge: ein breiter Daseinsvorsorgebegriff leitete sodann auch die Diskussion in Berlin. Daseinsvorsorge von den Bürgerinnen und Bürgern und ihrer Lebenslage her zu denken, von ihren Präferenzen, aber auch Potenzialen, macht die Daseinsvorsorge zu einer dauerhaften und reflexiven Gestaltungsaufgabe. Juristisch ist der Begriff der Daseinsvorsorge unscharf, auch wenn er vielfältig in gesetzlichen Regelungen aufgegriffen wird. Er bleibt, das war auch der Konsens der Teilnehmerinnen und Teilnehmer, ein deskriptiver Begriff, der aber weiterhin eine große Bedeutung für die Kommunalpolitik hat. In Teilen, darum ging es im Kontext von Engagement, wurden und werden Daseinsvorsorgeaufgaben unter Einbeziehung von Engagierten gestaltet. Manche so übernommenen Daseinsvorsorgeaufgaben haben eine lange Tradition: von der Feuerwehr bis zum Katastrophenschutz sind sie gerade in Deutschland bekannt. Neue Herausforderungen, sei es in der Pflege, in der gesundheitlichen Versorgung, in der Gewährleistung von Mobilität und Nahversorgung, lassen sich mit klassischen Mitteln und Wegen nicht so ohne Weiteres gestalten. Hier kommen koproductive und experimentelle Ansätze in Betracht und bewähren sich vielfältig. Die Voraussetzungen, unter denen sie sich bewähren können, sie wurden mit vielfältigen Beispielen aus Praxisprojekten und Forschung vorgestellt und diskutiert. Damit das Engagement im Kontext der Daseinsvorsorge im Effekt auch diejenigen erreicht, die unter Gerechtigkeitsgesichtspunkten in besonderer Weise in den Blick zu nehmen sind, bedarf es eines diskreten Monitorings und einer Awareness gegenüber der Lebenssituationen von Bürgerinnen und Bürgern, insbesondere solchen, die sich in prekären Lebenslagen befinden oder mit Hürden für eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben konfrontiert sind. Nicht das, was irgendwie möglich ist, sondern das, was eine hohe Relevanz für die Gewährleistung von Daseinsvorsorge hat, gilt es kommunalpolitisch aufzugreifen und zu gestalten. Auch, auch darin waren sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer einig, kann es nicht darum gehen, Pflichtaufgaben der Kommunen aus rein fiskalischen Erwägungen auf Ehrenamtliche zu übertragen. Ehrenamtliche sind keine Lückenbüßer, freiwilliges Engagement entsteht von unten und baut auf einer Haltung der Mitverantwortung der Bürgerinnen und Bürger auf. Nicht umsonst hat sich der Zweite Engagementbericht von einem Pflichtenverständnis zum Engagement verabschiedet und verfolgt eine Philosophie der Tugend. Daseinsvorsorge mit Hilfe von Engagement sicherzustellen bedarf immer wieder der Rückbindung in die demokratisch gewählten Gremien und darüber hinaus in demokratische Beteiligungsformen. Sonst negiert man, dass Engagement und politische Beteiligung untrennbar zusammenhängen. Auch besteht anderenfalls die Gefahr, dass sich von der Kommunalpolitik völlig abgekoppelte Formen der Daseinsvorsorge entwickeln, die nicht mehr den demokratischen Prinzipien verpflichtet sind, die essentiell sind für die Sicherung demokratischer Kulturen und Strukturen. Mit Blick auf die im Workshop auch vertretenen Wohlfahrtsverbände, aber auch maßgebliche Institutionen, die Daseinsvorsorgeaufgaben entweder in einer Versicherungslogik oder als gewerbliche Akteure übernehmen, sei eine selbstkritische Haltung gegenüber dem eigenen Beitrag, der bisweilen problematischen Eigenlogik und Selektivität von Institutionen und ihrer Reichweite notwendig. Kritisiert wurden etwa aus einer Sozialversicherungslogik heraus entwickelte bürokratische Formen der Einbeziehung von Freiwilligen im Bereich der Pflegeversicherung. Auch die Vertreter von Wohlfahrtsverbänden äußerten sich selbstkritisch, etwa wenn es um den Umgang mit Geld im Ehrenamt geht. In jedem Fall benötigt die Governance von Daseinsvorsorge Strategien, die auch auf

das Engagement der Bürgerinnen und Bürger setzen, Kompetenz und Ressourcen, und dies jenseits von Projektförderungen. Einige der vertretenen Kommunen konnten berichten, dass es ihnen über Jahre gelungen ist, entsprechende Kompetenzstrukturen in ihrer Kommune aufzubauen. Aus den vielfältigen Projektzusammenhängen, die auf dem Workshop vertreten waren, wurde unisono die Ansicht geteilt, dass Projektförderungen zum einen häufig zu kurz seien und zum anderen insofern problematisch, als sie auch dazu genutzt werden können, verlässliche Strukturen vor Ort dauerhaft abzusichern und zu finanzieren.